



Gesamtpersonalrat Faulenstraße 14-18 28195 Bremen

Auskunft erteilt
Lars Hartwig

Zimmer 3.07

Tel. (0421) 361 2215
Fax (0421) 496 2215

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
LH/sch

Bremen, 28. März 2025



Fair handeln für Kinder in armen Ländern
mit der Rest-Cent-Aktion. Infos unter
www.gpr.bremen.de/restcent

Pressemitteilung

Gesamtpersonalrat beschließt Qualifizierungsoffensive KI Mehr KI-Fortbildungsangebote für alle Beschäftigten und Personalräte

Der Gesamtpersonalrat (GPR) geht mit seinem am Dienstag dieser Woche beschlossenen Initiativantrag zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) in die Offensive. Darin fordert er, allen Beschäftigten des bremerischen öffentlichen Dienstes für die nächsten 5 Jahre jährlich mindestens 3 Tage für KI-Schulungen zu gewähren. Für Personalräte soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich jährlich an 5 Tagen zum Einsatz von KI zu qualifizieren. Die Arbeitgeberseite hat nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz nun einen Monat Zeit, sich zu dem Antrag zu verhalten. „Angesichts der Herausforderungen für den öffentlichen Dienst im Umgang mit digitaler Transformation und KI müssen Beschäftigte und Personalräte kompetent geschult werden. Es geht darum, die technischen und ethischen Grundlagen für den Einsatz von KI zu kennen“, heißt es in dem Antrag.

GPR-Vorsitzender Lars Hartwig: „Das technische Verständnis für den Umgang mit KI, aber auch die kritische Auseinandersetzung mit möglichen Risiken, sind eine wichtige Grundlage dafür, KI-Anwendungen im öffentlichen Dienst erfolgreich zu nutzen. Wir finden es verwunderlich, dass den Kolleg:innen bisher nur sehr wenige Möglichkeiten angeboten werden, diese Kompetenzen zu erwerben. Eine KI-Strategie - die Bremen ja gerade entwickeln will - kommt nicht ohne entsprechende Fortbildungsmöglichkeiten für alle Kolleg:innen aus. Diese Qualifizierungsoffensive schafft erste Voraussetzungen, um mögliche Effizienzsteigerungspotentiale durch KI-Einsatz zu nutzen und sozialverträglich umzusetzen.“

Der Gesamtpersonalrat hatte bereits vor einem halben Jahr angeregt, wesentliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI in einer Dienstvereinbarung zu regeln. Da der Senator für Finanzen bisher nicht darauf eingegangen ist, geht der GPR nun mit diesem ersten Initiativantrag voran. „Wir erwarten, dass bei so tiefgreifenden Veränderungen die Kolleg:innen mitgenommen werden und so möglichen Unsicherheiten vorgebeugt wird“, so Lars Hartwig.